



AFRIKA/SÜDSUDAN - Menschenrechtsorganisationen fordern Moratorium für die Todesstrafe: 200 Häftlinge warten unter unmenschlichen Haftbedingungen auf die Vollstreckung des Urteils

Juba (Fidesdienst) – In einem gemeinsamen Appell fordern „Amnesty International“, „Human Rights Watch“ und mehrere lokale Menschenrechtsorganisationen ein Moratorium für die Todesstrafe im Südsudan. In einem gemeinsamen Aufruf dokumentieren die Organisationen, dass das Justizsystem des jungen Staates (der Südsudan ist seit Juli 2011 unabhängig) nicht in der Lage ist, humane Haftbedingungen für die rund 200 zum Tode verurteilten Häftlinge zu garantieren, die in den Gefängnissen auf die Vollstreckung des Urteils warten. Die Häftlinge leben in „schmutzigen und überfüllten Zellen“. Sie haben kein Recht auf einen Anwalt und „können ihre Verteidigung oder einen Antrag auf ein Berufungsverfahren selbst nicht formulieren“. „Präsident Salva Kiir Mayardit muss sofort ein Moratorium für die Todesstrafe veranlassen und die Regierung muss dringen die schwerwiegenden Mängel im Justizsystem beheben“, lautet die Forderung der Menschenrechtsorganisationen. (LM) (Fidesdienst, 06/11/2012)